



#### 4. TAGUNG DES UNI-WELTVORSTANDES

Nyon, 16. - 17. Oktober 2002

### **Erklärung betreffend die WTO, GATS und die laufenden Verhandlungen über den Handel mit Dienstleistungen**

Gestützt auf die Entschlüsse ihres Weltkongresses in Berlin setzt sich die UNI für eine soziale Dimension des Globalisierungsprozesses ein, einschließlich für demokratischere Verfahren in der Welthandelsorganisation (WTO).

Die UNI unterstützt die Einbeziehung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft durch faire Handelsbeziehungen und eine wesentliche Erhöhung der Entwicklungshilfe für Programme, die den Kampf gegen Armut und die Gewährleistung von Menschenrechten zum Ziel haben.

Für die UNI müssen bei der Verwaltung der Wirtschaften der einzelnen Länder und in den internationalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen die Menschenrechte im Vordergrund stehen.

Die UNI bedauert, dass das Allgemeine Abkommen für den Handel mit Dienstleistungen (GATS) aufgrund seines Inhalts und seiner Abhängigkeit von den auf Sanktionen basierenden WTO-Konfliktlösungs-Verfahren in der Praxis die Liberalisierung zum vorrangigen Ziel im Weltwirtschaftssystem macht.

Die UNI stellt mit Bedauern fest, dass die unangemessenen Liberalisierungsstrategien zu großen wirtschaftlichen und sozialen Problemen geführt haben, und dass die sich in erschreckendem Maße häufenden Fälle von Betrug in Firmen und Missmanagement mit der Liberalisierung in Verbindung gebracht werden.

Die UNI steht für den Grundsatz ein, wonach die Bürger jeder Nation die Möglichkeit haben müssen, im Lichte international anerkannter bürgerlicher, politischer, wirtschaftlicher, sozialer, ökologischer und kultureller Rechte frei und demokratisch Maßnahmen für eine effektive Dienstleistungsregulierung zu ergreifen.

Die UNI ist der Meinung, dass die allgemeinen Befürchtungen im Zusammenhang mit der Liberalisierung von Dienstleistungen, namentlich in Bezug auf die einzelstaatliche Regelung und Bereitstellung der Dienste von allgemeinem Interesse<sup>1</sup>, von den Regierungen ernst genommen und gebührend berücksichtigt werden müssen.

Die UNI unterstützt Vorschläge für eine demokratischere Gestaltung des WTO-Systems durch die

---

<sup>1</sup> Dienstleistungen von allgemeinem Interesse umfassen sozial-wirtschaftliche Dienste, wie Transport, Energie und Kommunikation, soziale Dienste wie Gesundheits- Bildungs- und Sozialversicherungswesen, Umweltdienste wie Wasserversorgung, sanitäre Anlagen und Wohnungsbau, und sozial-kulturelle Dienste wie Medien, Unterhaltung und Kunst.

Schaffung einer parlamentarischen Versammlung in der WTO und eines Wirtschafts- und Sozialausschusses, bestehend aus Gewerkschaften und anderen Gruppen der Zivilgesellschaft.

Die UNI unterstützt den von der IAO vertretenen Standpunkt, dass "Arbeit keine Handelsware ist" und dass die Wanderung mit dem Ziel der Beschäftigung für alle Beteiligte mit den notwendigen Garantien verbunden sein muss.

Die UNI bedauert, dass die 4. WTO-Ministerkonferenz (Doha, November 2001) und die nachfolgenden WTO-Verhandlungen praktisch keine Fortschritte in Bezug auf die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und überhaupt keine Fortschritte in Bezug auf Kernarbeitsnormen und demokratische Reformen der WTO erzielt haben.

Die UNI zeigt sich zudem enttäuscht, dass der US-Kongress trotz des Kampfes der US-Gewerkschaften beschlossen hat, Präsident Bush ein "Fast-track"-Verhandlungsmandat zu erteilen, das keine angemessenen Garantien für die Arbeitnehmer in den USA und im Ausland umfasst.

Die UNI stellt mit Besorgnis fest, dass die WTO Anstrengungen unternimmt, um die Frage Handel und Entwicklungspläne für Entwicklungsländer in die diesbezüglichen Vorhaben der Weltbank einzubinden.

Die UNI schätzt die Informationen, die den Gewerkschaften vom WTO-Sekretariat zur Verfügung gestellt werden.

Die UNI stellt fest, dass die 5. WTO-Ministerkonferenz vom 10.-14. September 2003 in Cancun, Mexiko, stattfinden wird und weist darauf hin, dass die Globalen Gewerkschaften mit großer Wahrscheinlichkeit wieder einen Aktionstag in diesem Zusammenhang planen. Die UNI wird einen solchen Aktionstag der Globalen Gewerkschaften nachhaltig unterstützen.

## **Welthandelsorganisation (WTO)**

Die Regierung sollten folgende Punkte sicherstellen:

- eine faire Verteilung der Handelsvorteile und nach Möglichkeit die Vermeidung oder bestmögliche Abschwächung negativer Auswirkungen auf bestimmte Arbeitnehmergruppen und Gemeinschaften;
- eine effektive Verbindung zwischen Handel und Förderung des Einbaus von Kernarbeitsnormen in WTO-Regeln und -Abkommen;
- Strukturen für eine wirksame sektorale und sektorübergreifende Konsultation der Gewerkschaften in den Handelsgesprächen und bei der Entscheidungsfindung auf nationaler Ebene (z.B. in Beratungsgremien), auf regionaler Ebene (z. B. auf den EU-Ebenen) und im WTO-System;
- effektive Konsultations- und Kooperations-Verfahren zwischen der WTO und anderen internationalen Organisationen, im besonderen mit der IAO, der Weltgesundheitsorganisation (WGO), der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) und dem Weltpostverein (WPV);
- Anerkennung der Zuständigkeit und Verantwortung anderer UNO-Sonderorganisationen, einschließlich derjenigen der IAO für Wanderarbeiter, durch die WTO;

- Durchführung eines Bewertungsverfahrens durch die WTO und einzelne Regierungen - unter Mitwirkung der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft - das die Auswirkungen bestehender oder vorgeschlagener Handelsliberalisierungsmaßnahmen auf die Beschäftigung, die Einhaltung von Kernarbeitsnormen und die Erbringung von Dienstleistungen - namentlich von öffentlichen Diensten und anderen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse - prüft;
- Angesichts der Verslossenheit und des unsozialen Charakters der heutigen WTO-Strukturen: Verzicht auf die Einführung neuer Regulierungsfragen in den WTO-Verhandlungen, insbesondere betreffend grenzüberschreitende Anlagen, Wettbewerbspolitik und öffentliches Beschaffungswesen.

### **Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS)**

Die Regierungen müssen sicherstellen, dass das GATS und die mit dem GATS verbundenen Verhandlungen

- die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen oder die soziale Sicherung, so wie sie in internationalen Arbeitsnormen, innerstaatlichen Gesetzen, Tarifverträgen, Verordnungen und Praktiken festgehalten werden, nicht unterminieren;
- die Beschäftigungs- und Einkommenssicherheit nicht gefährden;
- nicht zu einer verstärkten Migration zur Arbeitssuche unter prekären und diskriminierenden Bedingungen für die Wanderarbeiter führt;
- demokratische Prozesse und Konsultationen innerhalb der einzelnen Länder für die Formulierung, Revision oder Aufhebung von Gesetzen und Vorschriften betreffend die Erbringung von Dienstleistungen nicht umgehen. Dabei muss insbesondere der GATS-"Notwendigkeits-Test" grundlegend überarbeitet oder aufgehoben werden;
- den Zugang zu Dienstleistungen oder ihre Qualität nicht negativ beeinflussen. Der allgemeine und gleichberechtigte Zugang zu öffentlichen Diensten hoher Qualität und zu anderen Diensten von allgemeinem Interesse muss gewährleistet werden;
- Maßnahmen zum Schutz der kulturellen Vielfalt und der kulturellen Identität der WTO-Mitgliedstaaten nicht untergraben;
- die Regierungen z. B. von Entwicklungsländern nicht auf unvertretbare Weise unter Druck setzen, damit sie GATS-Verpflichtungen zur Marktöffnung eingehen. Solche Druckmaßnahmen dürfen auch nicht in Bezug auf öffentliche Dienste oder andere Dienste von allgemeinem Interesse zur Anwendung kommen;
- Liberalisierungsmaßnahmen wieder rückgängig gemacht werden können. Die GATS-Regeln für die Veränderung oder den Rückzug von Marktöffnungs-Engagements sollten flexibler gestaltet werden, ganz besonders für die Länder mit geringerem Einkommen;
- die Fähigkeit der Regierungen, bei einem unerwarteten Anstieg der von ausländischen Lieferanten erbrachten Dienste Sofortmaßnahmen zum Schutz inländischer Lieferanten zu ergreifen, nicht untergraben.

### **UNI-Mitgliedsorganisationen und die UNI**

Die UNI-Mitgliedsorganisationen werden im Einvernehmen mit ihren nationalen Gewerkschaftszentralen, anderen Gewerkschaften und Gruppen der Zivilgesellschaft

- ihren Regierungen nahe legen, die oben erwähnten UNI-Prinzipien und -Politiken in ihrer

Handelspolitik, insbesondere in den laufenden WTO-Verhandlungen anzuerkennen und zu berücksichtigen;

- sicherstellen, dass sie von ihren Regierungen hinsichtlich der Handelspolitik und diesbezüglicher Maßnahmen, auch bei den laufenden GATS-Verhandlungen, angemessen konsultiert werden;
- insbesondere verlangen, dass sie in Bezug auf Marktöffnungsangebote, die ihre Regierungen in Betracht ziehen könnten, und die eine realistische Beurteilung der erwarteten Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Bedingungen in den betreffenden Diensten enthalten, rechtzeitig und effektiv konsultiert werden. In den derzeitigen WTO-Verhandlungen läuft die Frist für die Einreichung von Marktöffnungsangeboten am 31. März 2003 ab;
- die UNI und auf entsprechenden Wunsch einzelne UNI-Mitgliedsorganisationen über Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Handel in ihren Ländern informieren;
- den Einschluss von Gewerkschaftsvertretern in die nationalen Delegationen an der 5. WTO-Ministerratskonferenz fordern, die vom 10.-14. September 2003 in Cancun, Mexiko, veranstaltet wird;
- am 2. Aktionstag teilnehmen, die die Globalen Gewerkschaften im Jahr 2003 voraussichtlich durchführen;
- der Ratifizierung von Handelsabkommen, die in der laufenden WTO-Verhandlungsrunde beschlossen werden, jedoch im Widerspruch zu den Interessen ihrer Mitglieder stehen, gegebenenfalls mit einer koordinierten Kampagne der UNI-Mitgliedsorganisationen entgegenwirken.

Die UNI wird

- sich zusammen mit dem IBFG und anderen Globalen Gewerkschaften und befreundeten NGOs für WTO-Regeln und -Strukturen einsetzen, die den oben erwähnten UNI-Prinzipien und -Politiken gerecht werden;
- Mitgliedsorganisationen, die nur schwer eine echte Konsultation mit ihren Regierungen erreichen, unterstützen;
- die Mitgliedsorganisationen auf dem laufenden halten, namentlich mit Rundschreiben, über die WTO-GATS-TRADE-Seite auf der UNI-Website und im Rahmen von UNI-Tagungen;
- ein Diskussionsforum schaffen, insbesondere in den sektoralen und regionalen Ausschüssen der UNI, das den Mitgliedsorganisationen erlaubt, WTO-, GATS- und Handels-Fragen zu erörtern und die Annahme von Erklärungen oder Leitlinien im Zusammenhang mit den laufenden WTO-Verhandlungen und ihren Resultaten zu prüfen;
- am zweiten Aktionstag der Globalen Gewerkschaften im Jahre 2003 mitwirken und die ihr angeschlossenen Organisationen zu einer aktiven Teilnahme an dieser Veranstaltung anregen;
- eine Kampagne koordinieren, um der Ratifizierung von Handelsabkommen, die in der laufenden WTO-Verhandlungsrunde getroffen werden, entgegenzuwirken, wenn diese von den Mitgliedsorganisationen als inakzeptabel betrachtet werden.